

GÜNTER ROHRMOSER

Die Lage Deutschlands – philosophisch betrachtet¹

Es ist unbestreitbar, daß der unerwartete, historisch einzigartige Erfolg der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 40 Jahren ohne den Segen, den unsere Verfassung darstellt, nicht möglich gewesen wäre. Sicherlich hat das Grundgesetz am Zustandekommen dieses Erfolges einen quantitativ schwer zu bemessenden Anteil, aber bestreiten kann diesen Anteil niemand. Dieser nicht zu bestreitende Erfolg der Verfassung könnte heute in Gefahr geraten. Denn heute sind Tendenzen unübersehbar, die auf eine offen zutage tretende Krise des Verfassungsbewußtseins hinweisen. Unter dieser Verfassung, zum Teil auch gegen die Verfassung und über diese Verfassung hinaus haben sich Kräfte und Tendenzen gebildet, die es ratsam erscheinen lassen, einen Augenblick innezuhalten und darüber nachzudenken, wie sich die soziale, die ökonomische, die kulturelle und auch die religiöse Realität der Bundesrepublik im Lichte dieser Verfassung darstellt. Wir werden dann sehr bald feststellen, daß sich Deutschland im Blick auf die Verfassung gegenwärtig an einem Wendepunkt befindet. Wendepunkt heißt: es entscheidet sich etwas.

Wir gebrauchen heute inflationär das Wort Krise. Krise kann etwas durchaus Produktives sein, sie kann aber auch, wenn man sie nicht erkennt, zum Exitus führen. Entsprechend düstere Ahnungen sind immer wieder zu hören, etwa, wenn *Hildegard Hamm-Brücher* vor einiger Zeit sagte, daß der Schatten Weimars, der auf Deutschland fällt, dichter werde. Ist das eine unbegründete Sorge oder gibt es in der Realität tatsächlich Anhaltspunkte dafür, diese Sicht der Dinge ernsthaft in Betracht zu ziehen? Bisher kamen uns solche Bedenken nur selten, weil wir den beispiellosen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland immer nur an dem ursprünglichen Ziel gemessen haben, die düsterste Epoche der deutschen Geschichte, die nationalsozialistische Vergangenheit, zu überwinden. Dieses Ziel haben wir zweifellos erreicht, dennoch sollten wir uns aber nicht zu sehr in Sicherheit wiegen. Denn wir haben bisher zu wenig die Gründe und Ursachen diskutiert, die zu der nationalsozialistischen Machtübernahme geführt haben. Der ehemalige Bundespräsident, *Richard von Weizsäcker*, sagte vor einigen Jahren, daß das deutsche Verhängnis 1933 begonnen und 1945 geendet habe. Nein, das Verhängnis begann nicht 1933, es begann schon vorher. Die totalitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts sind hervorgegangen aus der Krise des Liberalismus und der Krise politisch liberaler Systeme. *Ernst Nolte* hat mit Recht für die 20er Jahre im Blick auf Europa von der „Epoche des Faschismus“ gesprochen. Die Krise der liberalen Demokratie war

¹ Literaturhinweis: *Günter Rohrmoser*, Der Ernstfall. Die Krise unserer liberalen Republik. Berlin 1994.

damals keineswegs ein auf Deutschland beschränktes Phänomen, sondern es war ein europäisches Phänomen. Und wir erleben gegenwärtig erneut eine krisenhafte Entwicklung in allen westlichen Demokratien, die es durchaus gerechtfertigt erscheinen lassen, von einer möglichen Wiederkehr der Krise des Liberalismus zu sprechen. Ein kurzer Blick nach Italien zeigt das sehr deutlich. Italien ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil dieses Land des öfteren eine nicht immer rühmliche Vorreiterrolle in der politischen Geschichte der Neuzeit übernommen hat. Von *Macchiavelli* bis *Mussolini* ist Italien sowohl hinsichtlich der politischen Ideenentwicklung wie hinsichtlich der politischen Experimente immer wieder vorausmarschiert. Sieht man sich den heutigen Zustand Italiens vor diesem Hintergrund an, dann werden Züge der Übereinstimmung mit der Krise der liberalen Demokratie, die zu den bekannten fatalen Konsequenzen geführt haben, sehr deutlich. Die Fähigkeit, auch ohne Regierung leben zu können, ist zwar bei den Italienern besser und kultivierter ausgebildet als bei uns. Dennoch ist das Problem der Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung auch dort so akut geworden, daß von einer Krise der Republik im ganzen gesprochen werden muß. Faktum ist, daß die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse im italienischen Parlament eine eindeutige Antwort auf die Frage nach der Regierungsfähigkeit nicht mehr zulassen.

In Deutschland sind wir noch nicht soweit, aber es ist doch ebenso deutlich, daß bei der letzten Bundestagswahl, die als eine erneute Bestätigung des Systems der Volksparteien gefeiert wurde, bei näherem Hinsehen von einem solchen Sieg keine Rede sein kann. Wenn wir die Nichtwähler abziehen, kann von einem Triumph der Volksparteien, gemessen an den alten Maßstäben, keine Rede sein. Die aus dieser Wahl hervorgegangenen Mehrheitsverhältnisse nötigen de facto zu einer großen Koalition, da die amtierende Regierung in entscheidenden Gesetzesvorhaben ohne die Zustimmung der Opposition im Bundesrat nicht mehr regieren kann. Außerdem befindet sich die bisher mehrheitsbeschaffende Partei der FDP im Zustand des Zerfalls und es drängt mit der postkommunistischen PDS eine neue Partei ins Parlament, die das Lager der Opposition verstärkt.

Es scheint mir doch erklärungsbedürftig zu sein, warum die grandiose historische Niederlage des real existierenden Sozialismus und – darin eingeschlossen – auch aller Varianten des Sozialismus – man denke nur an das Wohlfahrtsstaatsmodell Schweden – in Deutschland politisch nicht mit einer Korrektur nach rechts, sondern eher mit einer sich abzeichnenden Korrektur nach links beantwortet wird. Denn wenn die FDP als Koalitionsbeschaffer nicht mehr zur Verfügung steht, steht die CDU ohne Koalitionspartner da, während die SPD neben den Grünen im Gefolge der fortschreitenden Legitimierung der PDS gleich zwei potentielle Koalitionspartner aufbieten kann. Wenn es zu einem solchen linken Bündnis kommen sollte, zeigt das, daß Deutschland eine von der übrigen europäischen Entwicklung abweichende politische Schlußfolgerung aus diesem historischen Ereignis des Zusammenbruchs des Sozialismus zieht.

Aus philosophischer Sicht ist der erste beklagenswerte Umstand der, daß wir uns offenbar abgewöhnt haben, Politik in geschichtlichen Kategorien zu denken und zu konzipieren. Unsere Kategorien reichen einfach nicht aus, um der geschichtlichen, der politischen und der geistigen Bedeutung des Zusammenbruchs des Sozialismus gerecht zu werden. Wir interpretieren diesen beispiellosen Zusammenbruch nur als den Zusam-

menbruch eines sozioökonomischen Systems und darum können wir im Zuge einer fälligen Antwort nur die Transformation eines effizienteren und scheinbar besser bewährten sozioökonomischen Systems empfehlen. Solange wir aber die Diskussion mit diesen sozioökonomischen Kategorien führen, d. h. mit den Kategorien des Vulgärmarxismus, kann das Problem der inneren Einheit überhaupt nicht politisch gelöst werden, weil es als ein politisches gar nicht begriffen wird. „Es soll zusammenwachsen, was zusammengehört“, so lautete die Formel der inneren Einheit. Es war nicht als eine rhetorische Wendung zu verstehen, wenn man von den Brüdern und Schwestern gesprochen hat. Hinter dieser Formulierung steckte sehr viel Emotionalität und Identifikation. Gemeinschaften können zusammenwachsen, Strukturen dagegen können nicht zusammenwachsen. Wo der Wille und das Bewußtsein zum Zusammenwachsen fehlt, da kann auch nichts zusammenwachsen. Es ist daher durchaus denkbar, daß ein mit den ungeschichtlichen, entpolitisierten Begriffen aus der Terminologie der Soziologie und der Ökonomie betriebener Vereinigungsprozeß am Ende zu einer größeren inneren Spaltung führen wird als sie zum Zeitpunkt des Bestehens der Mauer existierte.

Also: Was bedeutet im welthistorischen und geistesgeschichtlichen Zusammenhang der Zusammenbruch des existierenden Sozialismus? Im Sozialismus wurde nicht nur der utopische Versuch gemacht, das Paradies auf Erden zu verwirklichen, sondern hier wurde, das ist meine These, mit aller Radikalität die letzte Konsequenz aus der progressiven, seit der Französischen Revolution vorliegenden Auslegung der Moderne gezogen. Durch den Zusammenbruch des Sozialismus ist nicht nur ein sozioökonomisches Gesellschaftsmodell betroffen, sondern dieser Zusammenbruch ist der politische Ausdruck einer Krise, in der sich die Moderne und das utopische Fortschrittsmodell im ganzen befindet. Mit dem Sozialismus steht die in der Moderne von Anfang an liegende utopische Dimension als solche zur Disposition. Mit dem existierenden Sozialismus ist im Prinzip die große Ersatzreligion der Moderne zusammengebrochen. Wir vergessen immer wieder, daß auch die angeblich so säkularisierte und aufgeklärte Welt politisch immer aus quasireligiösen Impulsen und Hoffnungen gelebt hat, die sich in der „Idee“ des Sozialismus manifestierten. Diese Ersatzreligion der Moderne ist nun widerlegt. Denn es gibt den Sozialismus nicht mehr, wenn der Sozialismus kein operatives Modell mehr vorweisen kann.

Die Kernfrage, die sich in Deutschland an dem Wendepunkt, an dem wir uns heute befinden, stellt, ist nun die, ob Deutschland noch über die geistige Kraft, über die moralische Energie verfügt, um aus dieser historischen Erfahrung die nötigen politischen und geistigen Konsequenzen zu ziehen. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus ist das ideologische Vakuum, das die Studentengeneration von 1968 noch einmal durch einen auf den neuesten Stand gebrachten Marxismus ausfüllen wollte, unübersehbar geworden. Dieses Vakuum ist die eigentliche politische, kulturelle und philosophische Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland, eine Herausforderung, der man mit den Kategorien und der Sprache der Jurisprudenz, der Ökonomie und der Soziologie bedauerlicherweise nicht begegnen kann. Vielleicht ist das der Grund dafür, daß wir immer so tun, als hätte es das geschichtliche Ereignis des zusammengebrochenen Sozialismus und auch der Ökologiekrise gar nicht gegeben.

Wir halten nach wie vor am Lebensentwurf der alten Bundesrepublik fest. Diese Republik lebt im wesentlichen von der Verheißung eines unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums und einer sukzessiven Steigerung des Lebensstandards. Nicht das Grundgesetz hat die Gesellschaft zusammengehalten und konsensfähig gemacht, sondern die allgemeine Anhebung des Lebensstandards. Der mit diesem wirtschaftlichen Aufschwung verbundene Ausbau des Sozialstaates war von dem Ziel bestimmt, eine fast totale Absicherung vor allen denkbaren Gefahren und Risiken, die das Leben mit sich bringt, zu schaffen. Der Sozialstaat in seiner mittlerweile unbezahlbar gewordenen wohlfahrtsstaatlichen Auslegung hat kaum mehr etwas mit dem zu tun, was die Väter der sozialen Marktwirtschaft sich einmal unter der sozialen Komponente der Marktwirtschaft gedacht haben. Das Grundgesetz beinhaltet keine Definition des Sozialen, das Soziale ist darum inhaltlich beliebig konkretisierbar. Wenn aber das Soziale nicht definiert und damit eine Frage der Interpretation ist, dann sind von der Verfassung her dem Ausbau und damit dem drohenden Zusammenbruch des Sozialstaates auch keine Grenzen gesetzt.

Das Modell Bundesrepublik Deutschland stand bisher auf drei Pfeilern: wirtschaftliches Wachstum, Ausbau sozialer Sicherheit und das Versprechen auf individuelle Selbstverwirklichung. Wirtschaftswachstum und der Ausbau des Sozialstaates waren kein Selbstzweck, nein, sie dienten alle dem Zweck der individuellen Selbstverwirklichung. Selbstverwirklichung, dieses Versprechen leuchtete dem Modell Bundesrepublik voran. Man muß immer wieder staunen, wenn Politiker neuerdings über die Individualisierung und den Verlust des Gemeinsinns klagen. Haben sie nicht selbst Anteil daran, daß das Leben der Gesellschaft zu einer Art Dauerveranstaltung wurde, in der jeder um die Emanzipation eines jeden bemüht war und die individuelle Selbstverwirklichung zum höchsten Prinzip erklärt wurde?

Wenn ich von Deutschland, das sich an einem Wendepunkt befindet, spreche, dann ist damit schlicht gemeint: Mit diesem bisher beschrittenen Weg ist es aus und vorbei, und wenn dieser Weg noch irgendwohin führt, dann in eine der Weimarer Krise analoge Situation. Es wird in Deutschland nie wieder zu einer nationalsozialistischen Machtübernahme kommen, aber unsere Phantasie reicht offenbar nicht aus, sich ganz andere Formen des inneren Zerfalls und der inneren Auflösung einer rechtsstaatlich verfaßten Demokratie vorzustellen. Worin liegen also die konkreten Herausforderungen, vor denen wir stehen?

1. Die Sicherung des Industriestandorts Deutschland. Die Bürger können die sozialen Zuwendungen nicht mehr als Resultat der sozialen Gesinnung der Gewerkschaftsvertreter oder des sozialen Pioniergeists junger Christdemokraten erwarten, sondern die Erhaltung des Niveaus der sozialen Sicherung entscheidet sich künftig mehr denn je auf dem Weltmarkt. Die Fortexistenz des Sozialstaates entscheidet sich schlicht an der Frage, ob deutsche Waren zu wettbewerbsfähigen Preisen verkauft werden können oder nicht. Nur so können wir den sozialen Standard aufrechterhalten, ohne daß das eintritt, was man eine Zweidrittelgesellschaft nennt. Wir müssen uns also auf die eiserenen Gesetze des Weltmarktes einstellen.

2. Ungeachtet dieser Anpassungsleistung stehen wir vor der Frage: Was wird aus diesem Land, wenn der Kitt ständig steigender sozialer Leistungen nicht mehr vorhan-

den ist? Es war diese einzigartige soziale Sicherheit, die dieser Staat seinen Bürgern angedeihen ließ, die diese Gesellschaft bisher zusammengehalten hat. Was hält aber diese Gesellschaft noch zusammen, wenn die sozialen Leistungen nicht mehr der Kitt sein können, weil sie nicht mehr zu bezahlen sind? Meine Sorge ist, daß sich dann die Prognose des jungen Nietzsche erfüllen wird, daß im Vollzug der Verwirklichung dieser Art von Liberalismus das eintreten wird, was er die „atomistische Revolution“ genannt hat. Damit ist gemeint, daß sich die sozialen integrativen Kräfte, die eine Gesellschaft erst zu einer Art Gemeinschaft verbinden, auflösen und die Gesellschaft in ihre Grundbestandteile zerfällt.

Wenn sich die Hypothese als richtig herausstellen sollte, daß sich das sozialstaatliche System im bisherigen Umfang nicht mehr aufrechterhalten läßt, dann liegt die Frage auf dem Tisch, was diese Gesellschaft dann noch zusammenhält. Damit kehrt letztlich die Grundfrage Nietzsches wieder: Wie kann man den Menschen befähigen, Versprechungen zu machen und zu halten? Wie kann man ihn befähigen, Glied einer menschlichen Gesellschaft zu sein? Ich behaupte, daß die Demokratie, den Sozialstaat und den Rechtsstaat in Deutschland bedrohende wirkliche Natur der Krise in diesem Sinne eine Kulturkrise ist. Wenn aus einer demokratischen Gesellschaft oder aus einer Verfassung der Geist entweicht und das Bewußtsein und der Wille sie nicht mehr tragen, dann kann in einer krisenhaften Situation die Verfassung und mit ihr die ganze liberale Demokratie zusammenfallen wie ein Kartenhaus.

Die Krise des Verfassungsbewußtseins hat deshalb sehr viel mit der Kultur und damit auch mit der Krise der Erziehung zu tun. Wie und ob man Menschen erzieht, wer dazu das Recht hat, das ist eine eminent wichtige Frage einer jeden Gesellschaft, weil mit dem Ausfallen einer Antwort sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft überhaupt entscheidet. Insofern haben unsere Politiker die Bedeutung des Verlustes von Erziehung in der Schule und an der Universität im Blick auf ihre gesellschaftspolitische Relevanz noch nicht begriffen. Daß beispielsweise die deutsche Universität sich selbst nicht mehr als Subjekt eines Erziehungsauftrags versteht und im übrigen auch nicht in der Lage wäre, ihn noch zu realisieren, hat mehr mit der Krise unseres Rechtsstaats und der liberalen Demokratie zu tun als viele andere Probleme, die wir sonst diskutieren. Auch der Staat kann dann Deformationen, die in der Gesellschaft auftreten, nicht so ohne weiteres korrigieren. Der Staat gerät mittlerweile selber als Folge eines Prozesses, an dessen Anfang der Zerfall der Erziehungsfähigkeit der Familie steht, an die Grenze seiner Handlungsfähigkeit. Der Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidet sich an dem, was die Kritische Theorie damals als die primäre Sozialisation in der Familie bezeichnet hat.

Damit sind wir bei der Frage, von der die Väter und Mütter der Verfassung ausgegangen sind. Die Begründer der Verfassung haben als Konsequenz der Erfahrung mit der Untergang der liberalsten Verfassung, die es auf deutschem Boden jemals gegeben hat – nämlich der Weimarer Verfassung – den Schluß gezogen, daß unsere Verfassung wertbegründet sein soll. Diese Verfassung ist deshalb vor Gott gegeben, sie betrachtet das menschliche Leben als das höchste Gut und die Achtung der Würde des Menschen ist quasi der Staatszweck. Aber – und hier wird die Aushöhlung des Verfassungsbewußt-

seins deutlich – unter dieser Verfassung ist es mittlerweile möglich, Millionen von menschlichen Embryonen zu töten und kaum jemand hält dies noch für eine fundamentale Verletzung des Prinzips der Achtung der Würde des Menschen.

Damit nicht genug: Das Grundgesetz beruft sich nicht nur auf das liberale Freiheitsprinzip, sondern auch auf die Forderung, Achtung zu haben vor dem „natürlichen Sittengesetz“. Man könnte heute eine vernichtende Interpretation der Verfassungswirklichkeit und der verweigerten Verfassungsanwendung vortragen, wenn man diese Praxis auch unter dem Kriterium der Achtung vor dem natürlichen Sittengesetz interpretieren würde. Es ist philosophisch sicherlich sehr schwierig zu sagen, was unter dem „natürlichen Sittengesetz“ zu verstehen ist, das ist wahr. Aber die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben sich – davon abgesehen – auch nicht vorstellen können, daß die Zerstörung des „natürlichen Sittengesetzes“ nicht nur der kommunistischen und der faschistischen Barbarei immanent ist, sondern durchaus auch in einer sich ständig weiter liberalisierenden Wirtschaftsgesellschaft geschehen kann. Die entscheidende Frage, die sich an das Verhältnis von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit stellen läßt, ist die Frage nach der philosophischen Begründung der Werte. Der Wertbegriff ist für sich genommen ein interpretationsbedürftiger Begriff. Eine Gesellschaft, die ihre Verfassung auf den Boden des Wertbegriffes stellt, hat darum zum Zentrum des Politischen einen Interpretationskampf. Nietzsche hat erkannt, daß derjenige die Macht ausüben wird, der den öffentlichen Sprachgebrauch regelt. Im Zusammenhang mit dem letzten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Abtreibungsfrage hat Wilhelm Hennis in einem Aufsatz in der „Zeit“ geschrieben: Es sei unhaltbar, entgegen einer breiten gesellschaftlichen Strömung mit bestimmten, eben veränderten Wertvorstellungen den normativen Gehalt der Verfassung noch durchsetzen zu wollen. Hennis war der Meinung, daß der Staat gar nicht mehr imstande sei, die normative Substanz der Verfassung gegenüber den gesellschaftlichen Bewußtseinsveränderungsprozessen zu bewahren.

Wenn wir das Schicksal der Verfassung weiterhin den demokratisch nicht legitimierten, nicht kontrollierten Bewußtseinsveränderungen und den darin eingeschlossenen Wertveränderungen überlassen, erlaube ich mir entgegen der weit verbreiteten optimistischen Darstellung unserer Verfassungswirklichkeit und unserer rechtsstaatlich gebundenen Demokratie ein besorgteres Zeugnis auszustellen als die meisten es heute tun. Denn dann könnte der Ernstfall eintreten.